

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **29 (1935)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ebenso die englische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften, die ja im allgemeinen sehr rußlandfreundlich sind. Hoffen wir, daß es der letzte Ausbruch dieses Geistes in Rußland sei.¹⁾

Und hoffen wir, daß uns schon das neue Jahr Durchbrüche eines andern Geistes zeige, ein großes Erwachen des Menschen — ausgesprochen oder unausgesprochen von dort her, wo der Mensch seine letzte Burg und Bürgschaft hat.

15. Januar 1935.

Leonhard Ragaz.



Rundschau



Zur Chronik.

I. Weltpolitisches.

1. *Außerhalb Europas.* In Japan geht der Streit zwischen den „konservativen“ Seyukui und den „liberalen“ Mintfuito allmählig in eine militärisch-faschistische Einheitsfront über. Nicht ohne Zuckungen.

Der hervorragende, nicht mit der neuen Politik seines Landes einverständene japanische Staatsmann und Jurist *Adjatci*, früher Vertreter Japans im Völkerbundsrat, dann im Haager Gerichtshof, ist gestorben.

China hat sich eine neue Verfassung gegeben, und zwar auch eine „autoritäre“. Durch sie wird der Reichspräsident allmächtig. Krieg und Frieden, Heer und Flotte sind in seiner Hand; er allein leitet die äußere Politik. Nur alle zwei Jahre beruft er die Nationalversammlung für einen Monat ein.

Wenn auf diese Weise die demokratischen Ideale der Kuomintang-Partei völlig preisgegeben werden, analog den Vorgängen fast in aller Welt, so ist nicht zu verwundern, daß der Kommunismus in China sich behauptet und sogar immer neue Erfolge erringt, trotzdem das „bürgerliche“ China auch von Japan und England unterstützt wird.

Dagegen hat *Brazilien* eine neue Verfassung geschaffen, die eine Mischung von radikal-demokratischen und faschistischen Elementen darzustellen scheint. Der Staatspräsident bekommt hier ebenfalls eine große Macht. Er ernennt von sich aus die Minister wie den obersten Gerichtshof. Dieser hat allerdings die Gesetze auf ihre Verfassungsgemäßheit hin zu prüfen. Die Mitglieder der Delegiertenversammlung sollen aus allgemeinen Volkswahlen hervorgehen, ein Fünftel davon jedoch aus den Berufsverbänden. (Es ist also eine korporative Ordnung vorausgesetzt.) Auch die Frauen bekommen das aktive und passive Wahlrecht. Es besteht vollkommene Pressefreiheit, aber unter Ausschluß der Anonymität — was ein gewaltiger Fortschritt wäre!

Im *Chaco-Krieg* (der eine furchtbare Hölle bedeuten muß) hat nun Paraguay, weil siegreich, sich geweigert, auf den vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen.

Der Konflikt zwischen *Italien* und *Abeßinien* soll nun, auf das Verlangen Abeßiniens (das damit sein gutes Gewissen zu beweisen scheint), vor den Völkerbund kommen. Man darf allerlei Hintergründe dieses Konfliktes vermuten. Wollte Mussolini die Katastrophe von Adua gutmachen? Soll der Einfluß der Japaner auf Abeßinien gebrochen werden? Geben Frankreich und England Mussolini carte blanche für eine mehr oder weniger verschleierte Annexion Abeßiniens? Der Völkerbund hätte hier viel von dem zu verspielen, was er in der letzten Zeit gewonnen hat.

Die jüdische Besiedelung *Palästinas* hat durch die Eroberung des Sumpfge-

¹⁾ Ich verweise auf den in dieser Nummer abgedruckten holländischen Aufruf.

bietet um den Meromsee herum (das Huleh-Gebiet) einen bedeutenden Zuwachs bekommen.

Westaustralien will, aus wirtschaftlichen Gründen, den australischen Staatenbund verlassen.

In *Aegypten* scheint eine durch Krankheit des Königs verursachte Ministerkrise wieder ein „demokratisches“ Ministerium ans Ruder zu bringen.

Persien und *Irak* gehen wegen Grenzkonflikten, besonders im Schatt-el-Arab, dem untersten Teil des Euphratlaufes, vor den Völkerbund.

2. In *Europa*. *Spanien* geht durch eine schwere Krise der herrschenden Parteikoalition und ihrer Regierung. Die faichistische Organisation Primo de Riveras (des Sohnes) hat sich gespalten.

Jugoslawien hat ebenfalls eine Kabinettskrise gehabt, Jevtisch ist aber an der Spitze geblieben. Man erwartete eine Lockerung der Diktatur und großserbischen Zentralisierung; wie es scheint umsonst.

Große Demonstrationen, besonders der Studenten, haben die Erregung der Massen gegen Italien gezeigt.

Ungarn hat eine Schuld „untergeordneter Organe“ (wie gut, daß es solche Sündenböcke gibt!) an den Marfeiller Vorgängen zugegeben.

In *Irland* ist durch Senatsbeschluß die Bezeichnung „Untertan“ für die Irländer im Verhältnis zu England abgeschafft. Auf der andern Seite ist ein Wirtschaftsabkommen zwischen Irland und England geschlossen worden, das den Frieden herstellen soll, indem es den Irländern die Annahme von landwirtschaftlichen Produkten durch England und den Engländern die Abnahme besonders von Kohlen sichert.

II. *Aus den Diktaturen*. 1. *Oesterreich*. Ein neuer Vorstoß des Nationalsozialismus sei im Werden, und zwar von Innen wie von Außen her. Papen will nationalsozialistische, bloß aus Reichsdeutschen bestehende (?) Zellen gründen, Oesterreich droht (lächerlicherweise) mit Gegenzellen in Deutschland. Die Erlaubnis, mit 1000 Mark nach Oesterreich zu gehen, soll von Deutschland wieder gegeben werden, aber nur für Gegenden, worin man den Nazismus begünstigen will. Oesterreich selbst erlaubt nationalsozialistische Turnvereine und ähnliches. Es legt der Presse in bezug auf Hitler-Deutschland Mäßigung auf. Es empfiehlt, die deutsche „Gleichberechtigung“ und die Rückkehr der Saar, die seine eigene „Rückkehr“ mächtig fördert — die Wiener Politiker scheinen an Weisheit mit denen von Bern konkurrieren zu wollen. In den Gefängnissen und Konzentrationslagern erfahren die politischen Gefangenen oft eine üble Behandlung. Um Weihnachten sind eine größere Zahl von sozialistischen Führern, besonders Schutzbundführern, aus dem Konzentrationslager entlassen worden (vor allem wegen den Kosten der Heizung!), sie bleiben aber unter polizeilicher Bewachung und sind von jeder Arbeit und bürgerlichen Stellung ausgeschlossen. Die „Marxisten“ werden fortwährend aus Anstellungen in Schule und Staat entfernt und von der Polizei überwacht und schikaniert. Doktor Winters Organ „Die Aktion“ ist wegen „aufrührerischem Inhalt“ (d. h. Tadel der Regierung wegen ihrer Behandlung der Sozialisten) verboten worden, Winters Aktion vollkommen auf den toten Punkt gekommen.

2. *Deutschland*. Das „Berliner Tageblatt“ ist endgültig „gleichgeschaltet“. Die Zeitschrift „Widerstand“ von Ernst Niekisch, einem etwas ketzerischen Nationalsozialisten, ist verboten worden. Ebenso der Film von Chaplin „Goldrausch“. Dieser aus Konkurrenzneid und weil Chaplin wohl nicht gerade ein Hitler-Verehrer ist. Das Verbot der Zeitungen trifft besonders die französischen.

Stephan Großmann, der nach Oesterreich geflüchtete Begründer des „Tagebuch“, ist gestorben.

III. *Schweizerisches*. Die Bundesversammlung hat ein Programm der *Arbeitsbeschaffung*, ein wenig im Sinne des Gutachtens von Grimm und Rothpletz, angenommen.

Eine *Billetsteuer*, die nach heftigem Kampfe im Kanton Zürich angenommen wurde, ist (nach meinem ketzerischen Urteil) ein Glied in der Kette der Fiskalisierung des Lebens, wie sie Revolutionen vorauszugehen pflegt, eines der geitlosen Mittel, womit Regierungen sich behelfen, die keine Kraft zu Gründlicherem haben.

Die Zahl der *Arbeitslosen* betrug Ende November etwa 80,000 und ist seither stark gewachsen.

IV. Sozialismus und Wirtschaftsleben.

1. *Wirtschaftsleben*. Lloyd George will England mit einem New Deal nach dem Vorbild Roosevelts „sanieren“.

Es wird ein starker Aufschwung des englischen Wirtschaftslebens behauptet. *Italien* wolle (zum wievielten Male?) die 40-Stunden-Woche einführen.

Auch *Kanada* will ein New Deal durchführen. Der Ministerpräsident Bennett spricht wie Roosevelt. Das „religiös-fozial“ orientierte Cooperativ Movement lebt kräftig.

Rußland hat die Brotkarte abgeschafft.

Die *Petroleumleitung* von Kirkuk nach Haifa und Tripolis ist fertiggestellt. 20,000 Arbeiter haben daran vier Jahre gearbeitet.

2. *Sozialismus*. In Kopenhagen hat eine Tagung der *nordischen* Sozialdemokraten stattgefunden.

Die *russischen* Arbeiter haben für die Opfer der spanischen Revolution drei Millionen Franken (schweizerische?) gesammelt.

V. Kirchliches. 1. Evangelische Kirche.

a) *Deutschland*. Die Bischöfe Zehnfes von Braunschweig und Theiß von Hessen-Nassau fallen von Müller ab. Ebenso die Kirche von Waldeck.

b) *Oesterreich*. Die evangelische Kirche beklagt sich über Benachteiligung jeder Art. Sie hat sich bemüht, dem Diktatur-Regiment ihre Devotheit zu versichern, aber Undank geerntet.

c) *Schweiz*. Pfarrer Burri in Bern ist, weil er in einer Predigt einiges gesagt, das gewissen Ultrapatrioten und Ultramilitaristen nicht behagte, Gegenstand schwerer Angriffe. Seine Kirchenpflege kapituliert davor, während sogar der kantonale Kirchendirektor ihn schützt.

In Zürich hat die „Nationale Front“, die zur Kontrolle der Kirche besonders berufen ist, gegen Pfarrer *Bachmann* von Wiedikon bei der Kirchenpflege von Wiedikon, der Bezirkskirchenpflege von Zürich, dem kantonalen Kirchenrat und dem Regierungsrat eine Klage eingereicht, weil er in einer Versammlung mit Kommunisten (nebst Jungsozialisten und Parteilinken) gegen die neue Militärvorlage aufgetreten ist. Sie verlangte sofortige Amtsenthebung. Pfarrer Bachmann hat in jener Versammlung durchaus vom Boden des Weihnachtsevangeliums aus geredet und, wie ich weiß, großen Eindruck gemacht. Der Kirchenrat, der gegen den Offiziersverein tapfer für die antimilitaristischen Pfarrer eingetreten war, hielt diesmal leider, im Gegensatz zum Stadtrat, nicht ganz stand. Er wies zwar das Begehren auf Amtsenthebung ab, warnte aber unsern Freund dringend, wieder mit Feinden der Kirche und des Christentums zusammen aufzutreten.

Der Kirchenrat scheint über dem Römerbrief die Geschichte von Jesus und den „Zöllnern und Sündern“ vergessen zu haben. Jenes Auftreten von Pfarrer Bachmann hat wirksamer für Christus Zeugnis abgelegt als hundert dialektische und undialektische Predigten.

2. Die katholische Kirche.

a) Die Zeitschrift „Der romfreie Katholik“, die in Essen erscheint, soll offenbar ein katholisches Pendant zu den „Deutschen Christen“ sein. Hoffentlich läßt sich der Altkatholizismus nicht verleiten, die Hitler-Rosenberg-Konjunktur auszunützen.

Eine Erklärung aus katholischen deutschen Kirchen lautet: „Aber die Front ist nicht gegen den Staat gerichtet, sondern gegen den zunehmenden Atheismus“. Der Hitler-Staat ist offenbar kein „Atheismus“.

b) In Mexiko werden, wie in der Bilderstürmerei der Reformationszeit, von den Volksmassen Statuen und Bilder der Heiligen verbrannt.

c) Der bekannte Londoner Erzbischof *Bourne* ist gestorben.

d) Nach neuesten, vielleicht tendenziösen Berichten seien in russischen Gefängnissen und Konzentrationslagern 57 Bischöfe und 15,500 Geistliche „gestorben“.

e) In Berlin hat sich unter Leitung von Dr. Walter Simon und Professor Reinhold Seeberg ein Zweig der Vereinigung Pro Deo (Für Gott) mit dem Namen: „Zur Verteidigung Gottes“ gegründet. Eine sehr gottlose Vereinigung! Gottlob verteidigt Gott sich selbst und uns!

VI. Natur und Kultur.

In Professor *Roux*, der siebenundsiebzigjährig in Lausanne, der Stätte seines Wirkens, gestorben ist, verliert die Welt einen sehr bedeutenden Arzt und Erzieher von Aerzten. *Maurus Carnot*, der Benediktinerpater von Disentis, ist, ob schon am äußersten Rande Graubündens, in Samnaun, einem weit abgechiedenen, erst vor kurzem durch eine Straße mit dem Unterengadin verbundenen, der Sprache nach deutsch gewordenen Hochtale, geboren, ein echter Sohn Graubündens gewesen und ein rhätoromanischer Dichter und Schriftsteller geworden. — Das sogenannte Drama der Galapagos-Inseln, im pazifischen Ozean gelegen, wo eine Kolonie von Europa- und Zivilisationsflüchtlingen an echt menschlichen Leidenschaften, vor allem am Weibe, zugrunde ging, hat manche Phantasie beschäftigt und gezeigt, daß die Flucht zur bloßen Natur wenig hilft, im Gegenteil erst recht unter die Herrschaft der Dämonen bringen kann. Deswegen ist doch gut, wenn der schweizerische „Bund für Naturschutz“ verlangt, daß Bergbahnen nur noch bei nachgewiesenem Bedürfnis und unter den Schutz der Natur verbürgenden Bedingungen erstellt werden dürften. Das hülfte zwar nichts, wenn nicht sonst dafür gesorgt wäre, daß diese Bäume nicht in den Himmel wachsen. — In Australien seien ungeheure Scharen von *Papageien* besonders durch Trübung der Quellen zu einem reinen Verderben geworden. Man berichtet auch von einer Papageikrankheit an den Menschen, die in Europa sich verbreite. In der Tat, das tut sie, aber ohne von Vögeln verursacht zu sein! Und ist ein Verderben.

Im Zeichen des Herkules, des Bekämpfers aller menschenfeindlichen Gewalten, sei ein *neuer Stern* erschienen. Das ist's, was wir brauchen.

17. Januar.

Zur schweizerischen Lage.

Das Jahr 1935 kann, wie ich schon anderwärts bemerkt habe, für die Schweiz ganz besonders entscheidungsvoll werden. Um es ohne Umschweife zu sagen: es kann sich entscheiden, ob eine mehr oder weniger faschistische Reaktion auch die Schweiz besiegt, oder ob die Demokratie in sozialistischer und anderer Form, sich zu halten vermag und vielleicht zu kräftigerem Leben erwacht. Vor uns liegt zunächst tiefes Dunkel der Ungewißheit.

Daß nicht die *Fronten* als solche siegen werden, bleibt meine Ueberzeugung. Das wissen sie wohl auch selbst. Sie werden versuchen, auf dem Schiff der *Reaktion* vorwärts zu kommen und sich dann, vielleicht mit Hilfe militärischer Führer, seiner zu bemächtigen. Die Reaktion wird umgekehrt die Fronten als Werkzeug benutzen wollen. Das Ergebnis wird irgend eine Synthese sein, in der je nachdem mehr der Frontismus oder die bloße bürgerliche Reaktion, halb klerikaler, halb kapitalistischer Art vorwiegt.

Inzwischen haben die *Fronten* (es kommt immer in erster Linie die „Nationale“ in Betracht) sich fortdauernd nicht gerade empfohlen. Neue Verhandlungen im Zürcher Stadtrat stellten wieder die ganze Minderwertigkeit ihrer Führung und Taktik ins Licht. Der Stadtrat selbst blieb fest. „Professor Mannheim“, ein Stück von wirklicher Bedeutung, wie der Schreiber selbst feststellen konnte, und die „Pfeffermühle“, durften solange aufgeführt werden und spielen als sie wollten. Die „Freisinnigen“ versuchten mit einer Selbstgerechtigkeit, wie sie nur auf den Plantagen der „Neuen Zürcher Zeitung“ zu wachsen ver-

mag, aus diesen Geschichten sich ein Selbstlob ihrer Tugendhaftigkeit herauszuholen, ohne Erfolg.

Und nun ist die Affäre Fonjallaz gekommen mit dem Vorwurf gegen diesen Duce en miniature, daß er zu Guniten Italiens eine Spionage getrieben habe, die zugleich Landesverrat gewesen wäre, wozu dann noch Spekulationen auf Gewinnung der Arbeiterschaft durch schlimme Mittel und die Schaffung einer „Privatarmee“ gekommen wären. Es scheint sicher zu sein, daß der Vermittler der Dokumente, welche dafür den Beweis liefern sollten, ein gewisser Jacquier, der mit Fonjallaz eng verbunden war und dann von ihm abgefallen ist, sich einer Fälschung schuldig gemacht hat. Zwar ist im Verhalten des ehemaligen Obersten einiges selbsta, so z. B., daß er die Entschädigung für seine beleidigte Ehre zuerst auf 25,000 Franken ansetzt, dann aber, nachdem die Untersuchung ein für ihn günstiges Ergebnis gehabt, auf 50,000 Franken geht. War er denn so überrascht, unschuldig befunden zu werden? Ebenso hat man nicht den Eindruck, daß die Untersuchung rasch genug ihr Werk getan, sondern daß sie Fonjallaz Zeit gelassen habe, allerlei zu verdecken. Aber wir wollen annehmen, das sei bloß ungünstiger Schein. Auf alle Fälle bleibt auf der sozialistischen Presseagentur (Infa) und auf den Genfer Sozialisten, welche diese Dokumente ohne genügende Prüfung veröffentlicht haben, besonders auf dem „Travail“, ein schwerer Vorwurf liegen. Diesmal war es nicht bloß, wie im Falle Hagenbuch (diesem Teilstück des Falles Wille) eine Mystifikation in der Form, während der Inhalt sich als im Wesentlichen richtig erwies, sondern es war wirklich eine Fälschung, und zwar nach dem Inhalt wie nach der Form, wenn auch, wie es scheint, eine geschickte. Groß ist die Versuchung, in der Leidenschaft des politischen Kampfes eine solche sich plötzlich darbietende gute Gelegenheit zu benutzen, um den Gegner zu vernichten. Ich erinnere daran, daß in dem Wahlkampf, der die erste englische Arbeiterregierung stürzte, die Konservativen mit entscheidendem Erfolg sich der Fälschung des Sinowiew-Briefes bedienten, die als solche spielend leicht aufzudecken war. Und das in dem England mit den verhältnismäßig guten politischen Sitten. Trotzdem und erst recht muß solcher Versuchung Widerstand geleistet werden, und zwar nicht nur aus politischer Klugheit, sondern vor allem aus Achtung vor der Würde der eigenen Sache, wie vor der Wahrheit überhaupt. Es gehört zu den Gefahren des politischen Kampfes, daß die Demagogie den Wahrheitsinn trübt, ja erstickt. Die ganze politische Atmosphäre ist von bewusster Fälschung erfüllt. Was darin das Hitlertum leistet, ist nur die Steigerung einer allgemeinen Erscheinung bis zum Gipfel. Und diese Rolle der Fälschung in der Politik ist nur eine Teilerscheinung einer allgemeinen Tatsache: des Sinkens der Empfindung für die Wahrheit überhaupt.

Darum ist die bürgerliche Empörung gegen Nicole, die nun noch durch das Verschwinden von Dokumenten genährt wird, welche in einem berühmten Prozeß gegen ihn eine für ihn ungünstige Rolle gespielt hätten, nichts als politische Make und trauriger Pharisäismus. Man hat sogar den Eindruck, daß dieses Verschwinden, wie jenes Verhalten Jacquiers, sehr wohl Teile einer Aktion sein könnten, die zum Zweck hätten, Nicole zu vernichten. Darum wurde auch so prompt wieder sein Rücktritt gefordert.

Was aber Fonjallaz betrifft, so hat die Affäre jedenfalls allerlei für ihn schwer Belastendes zutage gefördert. Es stimmt, daß er wie etwa Starhemberg eine kleine Privatarmee hält. Er hat weiter selbst gestanden, daß er das Geld für seine faschistische Aktion zum großen Teil aus Italien und Frankreich beziehe, und daß er Mussolini als seinen „Chef“ betrachte. Auch wird sein Vertrauter Jacquier nicht umsonst gerade bestimmte Punkte zum Inhalt seiner Fälschung gemacht haben. Jedenfalls hat sich Fonjallaz an jener Zusammenkunft des internationalen Faschismus in Montreux beteiligt, wo es sicher (das liegt ja in der Sache) nicht allzu „national“ zugegangen ist.

Damit sind wir zu dem gelangt, was man mit bitterer Ironie die *auswärtige Politik* der Schweiz, in erster Linie des Bundesrates und seiner Werkzeuge, nennen

könnte und was eine Quelle von stets neuer Erbärmlichkeit und Schande, von Verleugnung der wahren Aufgabe der Schweiz aus Kleinsinn, Feigheit, Ideenlosigkeit und reaktionärer Gesinnung, nicht ohne fremden Einfluß, bedeutet. Nehmen wir gerade jenen internationalen Kongreß der Faschisten in Montreux. Den hat kein Bundesanwalt behelligt, während ein ähnlicher für Genf geplanter des Bundes gegen Krieg und Faschismus verboten worden ist. Also die Bekämpfung von Krieg und Faschismus ist eine Gefahr für die Schweiz, aber der Faschismus, der die Demokratie vernichten will, ist keine solche Gefahr? Weiter: *Heinz Neumann*, den großen Feind des Hitlertums, hat man verhaftet, sobald man von ihm erfuhr, aber der Fehmemörder Schultz lebt, nach unwidersprochenen Berichten, ruhig in der Schweiz. Doktor Milhaud aus Paris, ein Mitglied der Internationalen juristischen Vereinigung gegen die Verhöhnung des Rechtes, besonders durch das Hitlertum, wurde in Bern, wo er über den Fall Neumann verhandeln wollte, nicht einmal empfangen, während eine Reihe von Diktatur-Regierungen das ohne Schwierigkeiten getan haben. Das ist unsere Demokratie! Das unsere Landesverteidigung! So gewinnen wir uns Freunde! (Aber die Armee wird das alles gutmachen — gegen den gleichen Hitler, dem man, gelinde gesagt, die Hände unter die Füße legt! Und das glauben sogar Sozialisten, oder tun doch, als ob sie's glaubten!) Dabei verbietet Hitler-Deutschland, für alle diese Untertänigkeit ganz ohne Dank, immer wieder die wichtigsten unserer Zeitungen.

Endlich die Stellung der offiziellen und reaktionären Schweiz zur *Saarfrage*. Wenn irgend etwas zur schweizerischen Landesverteidigung gehörte, so war es die Schwächung oder gar der Sturz Hitlers infolge einer Niederlage an der Saar, die eine Marnechlacht geworden wäre. (Die Saargegend wäre aber dann erst recht wieder zu Deutschland zurückgekehrt.) Wenn irgend etwas eine Gefahr für die Schweiz ist, so die Stärkung Hitlers auf der einen Seite und die Tatsache, daß eine Bevölkerung mit Enthusiasmus die Demokratie mit der Diktatur vertauscht. Aber nun bringt nicht nur die „Front“, sondern auch die „Neue Zürcher Zeitung“ Artikel gegen den Status quo und sprechen die meisten bürgerlichen Zeitungen ihre Befriedigung über das Ergebnis aus, weil es so „endgültig“ sei. Daß „endgültig“ auch eine schwere Gefährdung der Schweiz durch diese Wendung ist, und zwar auch so, daß nun die Gewinnung der deutschen Schweiz wieder viel mehr ein hitlerisches Ziel wird, das beunruhigt diese bürgerlich-nationalen Kreise nicht. Die neue Militärorganisation wird es schon machen, und umso mehr, als man severer gegen diejenigen wird, von denen allein uns Gefahr droht. Wenn von irgend etwas gilt: *Nostra res agitur*, so gilt es von der tapferen Schar, die dort an der Saar gegen die Hitler-Diktatur gekämpft hat. Wenn irgend etwas selbstverständlich wäre, so wäre es die warme Aufnahme dieser Freiheitskämpfer im Lande Tells, aber mit einer Eile, die geradezu wunderbar ist, erklärt der Bundesrat, man werde solche „unerwünschte Gäste“ fernzuhalten wissen. Es sind ja Sozialisten, ja Kommunisten und ihr Geldbeutel leer! So verrät diese Politik unaufhörlich die Bestimmung und Aufgabe der Schweiz. Dabei hat die gleiche „Neue Zürcher Zeitung“ die Frechheit, die Bekämpfung unseres Militarismus durch die Sozialdemokratie „programmatischen Landesverrat“ zu nennen, während die „Front“ die „nationale Erneuerung“ als Ziel vorgibt. Nationale Erneuerung durch nationalen Selbstmord! Und dabei schreit man unaufhörlich über eine nur in einigen törichten Programmsätzen ohne Wirklichkeit vorhandene „Diktatur des Proletariates!“

Welch ein Knäuel von Lüge und Erbärmlichkeit! Es wird einem übel!

Was nun die *bürgerliche Reaktion* betrifft, so bewegt sie sich unaufhaltsam und planmäßig (nur *hier* hat man eine Politik und einen Plan!) ihrem Ziele zu: einer mehr oder weniger verschleierten Diktatur des Bündnisses von Geldsack, Weihwasserkeffel und Maschinengewehr.

Ein wichtiges Stück dieses Planes ist dadurch verwirklicht worden, daß jene Brechung des Einflusses der Eisenbahner durch die „Entpolitisierung“ (das heißt „Politifizierung“ — denn man muß jetzt, wie die hebräische Schrift von

rechts nach links zu lesen ist, alle Wörter umgekehrt verstehen als früher!) der Bundesbahnen unter dem Stichwort „Sanierung“ mit einem der berühmten Dringlichkeitsbeschlüsse begonnen hat, welche die Einleitung zur offenen Diktatur darstellen. Bundesrat Pilet-Golaz hat sich in der Debatte verschwätzt und sich ziemlich offen zum Faschismus und zur Diktatur bekannt. Der Widerstand ist vorläufig ziemlich ohnmächtig. Es fehlt dafür der starke und klare Führer. Auch in vielen bürgerlichen Kreisen ist man weithin gegen diese ganze Art von Politik (jene Abstimmung über die Dringlichkeit zeigte das ungewohnte Verhältnis von 87 Ja zu 67 Nein) und ebenso in bäuerlichen, aber noch fehlt es dieser Opposition völlig an Stoßkraft. Alles wird darauf ankommen, daß sich diese ganze Opposition rechtzeitig sammelt und klärt.

Die Reaktion treibt auch sonst immer neue Blüten. Jener Bundesrat *Etter*, der eine besondere Nuance der katholischen Reaktion, und zwar eine sehr bornierte, vertritt, hat an der Erinnerungsfeier für Bruder Klaus (der zu seiner Zeit ein Mann der *Opposition* war) nichts Besseres zu tun gewußt, als unter dem schönen Namen des „Verzichtes“ (eines Verzichtes natürlich nicht für die Tantiemen- und Dividendenempfänger!) den Lohnabbau gefordert und dazu die Ständeversammlung. In Zürich begeistert sich der ganze „Freisinn“ (es ist zum Lachen) für die äußerst böartige sogenannte Lex Weisflog, eine Tochter der Lex Häberlin. Wie auch das „grüne Holz“ sich benimmt, zeigt die Ausschließung der beiden hervorragenden Führer des Jungliberalismus, Doktor *Zellweger* und Doktor *Kronauer* aus der Jungliberalen Vereinigung wegen — Liberalismus, in concreto: weil die beiden energisch und wirksam, Doktor *Zellweger* wiederholt, gegen den Frontenterror aufgetreten sind, und zwar auch mit Sozialisten, ja Kommunisten zusammen.

Das Organ des ganzen Planes der Reaktion soll die „*Armee*“ sein. Das ist der Hintergrund dieses ganzen Kultus der Armee. Es braucht schon viel Naivität, um auch nur einen Augenblick anzunehmen, die schweizerische Aufrüstung gehe gegen Hitler oder gar Mussolini. Sie geht vielmehr gegen — die Schweiz. Und es braucht schon ein ebenso großes Maß von Selbstbetrug oder Ungeniertheit, um zu leugnen, daß es einen schweizerischen Militarismus gebe. Bezeichnend für dessen Vorhandensein ist z. B. auch der Zug, daß immer unmittelbar nach Weihnachten ausgerechnet die militärischen Kurse und Ernennungen breit in den Zeitungen auftauchen. Es ist, als wenn gezeigt werden sollte, und wird dadurch auch gezeigt, daß *dies* die Wirklichkeit sei und das „Friede auf Erden“ eine Festtagskinderei. Das verhindert aber weder die „*Neue Zürcher Zeitung*“ noch die „*Front*“, sehr schöne Weihnachtsartikel zu bringen, die aber nur diese ganze furchtbare Heuchelei beleuchten, und dies auf besonders paradoxe Weise, wenn sie gar selbst noch diesen Gegensatz andeuten. Was *Ernst* ist, hat auch Bundesrat Minger in seiner Neujahrsvortrede „An mein Volk“ gezeigt, die in einer Empfehlung der „Wehrvorlage“ gipfelte. Rusch hat in den „*Republikanischen Blättern*“ dieses königliche Gehaben Mingers köstlich gekennzeichnet und heimgeschickt. Uebrigens soll nur eine Schallplatte geredet haben, während Minger schlief oder „neujährlete“. Sehr bezeichnend! Es ist eine Schallplatte.

Vor allem dient die neue *Militärorganisation* diesem Gesamtplan der Reaktion. Sie soll das Terrain und die Atmosphäre für den letzten Schlag schaffen. Das muß jeder sehen, der nicht blind sein will.

Einige Berufsmilitär mögen ehrlich eine bessere Ausbildung der Soldaten für dringend nötig halten, die ganze Aktion hat einen andern Sinn. Schon sind die Komitees gebildet, schon die Resolutionen der patriotischen Turnvereine und Kegelklubs fertig. Schon heißen die Gegner „Referendumschurken“. Alles ist auf eine Entscheidung angelegt, aber nicht eine zwischen Landesverteidigung und Landesverrat, sondern eine zwischen kapitalistisch-faschistisch-klerikaler Reaktion und demokratischer Schweiz — damit der Schweiz überhaupt.

In der nicht gewollten Richtung gegangen ist endgültig der Stoß der „*Luftschutz-Ausstellung*“. Wir erfahren immer wieder, wie sie ganz anders wirkt,

als die Urheber gewollt. Wer irgendwie sich noch ein unvergastenes Denken bewahrt hat, sagt sich: „Das also ist die Gefahr, und das soll unser Schutz sein?“ Wenn es um Sein oder Nichtsein geht, dann erwachen die *Instinkte*, die noch gescheiter sind als der Verstand. Ueberhaupt ist ein neues Anschwellen der Stimmung gegen den Krieg und alles, was damit zusammenhängt, auch in der Schweiz allgemein zu beobachten.

Vielleicht hat das auch der schweizerische Parteivorstand gemerkt und darum mit Zweidrittelmehrheit die Losung gegen die neue Militärvorlage ausgegeben. Zum Entsetzen seiner bürgerlichen Protektoren, die damit übrigens verraten, wie sie sich die „Landesverteidigung“ denken, der nun der Sozialismus zustimmen sollte, zum Entsetzen der „Nation“ und des Professor Marbach, zum Entsetzen wohl auch von Sozialisten nach Art des Redaktors des „Oeffentlichen Dienstes“, des weitverbreiteten Organs der öffentlichen Angestellten, das sich nun bis zur Empfehlung des „Luftschutzes“ durchgemauert hat. Leider ist nicht unmöglich, daß jener Beschluß auch der Opposition den Wind aus den Segeln nehmen wollte.

Im übrigen bleibt ja das Bild des schweizerischen Parteisozialismus äußerst traurig. So besonders die Vorgänge in Zürich und Bern. Statt zu erkennen, daß die Opposition der „Linken“, die Jungsozialisten inbegriffen, ein ernsthaftes fachliches Problem sei, das nur durch freies geistiges Ringen bewältigt werden könne, haben die neu bekehrten Verteidiger der „Demokratie“ in Zürich und Bern von Heeb und Nobs bis zu Grimm und Reinhard es für richtig gehalten, mit berechnender Brutalität dreinzufahren und den Ausschluß von einer Reihe von Führern der Linken, vor allem Ernst Walters, dazu von Anderfuhren und Doktor Schweizer, zu verfügen und die „Jungsozialisten“ aufzulösen. Die Rettung der Macht des Systems oder der Clique ist wichtiger als die Sache des Sozialismus. Das Ausschlußverfahren gegen Früh, das auf lauter Unwahrheiten gegründet war, mußte zurückgezogen werden, aber der Stil und Ton des Briefes, worin Reinhard dies Früh mitteilt, ist von solcher Art, daß man sich als Parteigenosse nur schämen kann und sich fragen muß, was von einer Partei zu halten ist, die einen solchen Mann an ihrer Spitze duldet. Nicht minder traurig jedoch wäre es, wenn die Opposition das alles hinnähme, ohne sich ernstlich aufzulehnen, wenn es nicht zu jener großen *geistigen Auseinandersetzung* innerhalb der Partei käme.

Jenen Ausgeschlossenen wirft man vor, daß sie auf eigene Faust eine Aktionsgemeinschaft mit den *Kommunisten* eingegangen seien. Aber wer hat das provoziert? Offenbar doch diejenigen, die nicht einmal rechtzeitig die selbstverständliche Losung gegen den neuen Versuch der Niedererschlagung der Arbeiterbewegung, der hinter der Militärvorlage lauert, zustandegebracht haben. Sie sind überhaupt die Parteispalter. Und was die Einheitsfront betrifft, so hat sich ja *Grimm* in *Paris* ausdrücklich dafür eingesetzt. Wenn er das nun in Bern vergißt, so erinnert dies bedenklich an einen andern, der in Bern vergißt, was er in *Genf* gesagt hat. Die Aare scheint beinahe zur Lethe, zu dem Strom des Vergessens, zu werden. Ein Einigungsangebot der Kommunisten wurde jedenfalls im richtigen Reinhardstil abgewiesen.

Bei alledem soll nicht verschwiegen sein, daß auch die Linke zum Teil nicht eine auf der Höhe ihrer Aufgabe stehende Führung hat und in der Mehrheit bloß auf dem Boden eines überlebten marxistisch sein sollenden Radikalismus und Gewaltglaubens steht. Was soll man von dem Ausspruch halten, den Walter im Zürcher Kantonsrat getan hat: „Das Problem ist für die ganze Welt so gestellt: Entweder faschistische Diktatur oder proletarische Diktatur?“

Eine sozialistische Besinnung und Erhebung scheint sich doch auch bei uns anzubahnen. Gerade der Umfall des Parteivorstandes in der Militärfrage hat viele der Besten aufgeweckt. Der „von oben“ her sorgfältig geförderte geistige Schlaf eines Jahrzehnts fängt an zu weichen. Möchte der Parteitag in Luzern eine Wendung in *diesem* Sinne bringen!

Der Sozialismus bildet den Kern jener antikapitalistischen und demokratischen Front, welche allein jenem zähen Andringen der Reaktion und ihren wohl

vorbereiteten Schlägen standhalten kann. Wenn er fest bleibt, besser: wieder fest wird, dann wird er sehr viel Anschluß an ihn finden. So liegt die Sache.

Im übrigen gestehe ich offen, daß ich die nächste Zukunft der Schweiz dunkel sehe. Ich kann eine Rettung nur auf Grund des alten Wortes glauben: „Dei providentia et confusione hominum Helvetia regitur“.¹⁾ 17. Januar.

Aus der Arbeit

Religiös-sozialer Kurs in Bern.

Der im Dezember-Heft der „Neuen Wege“ angekündete *Kurs von Prof. Dr. L. Ragaz* aus Zürich über: „Die heutige religiöse und politische Lage und unser Weg“ mußte wegen Kollision mit einer andern Veranstaltung leider verschoben werden. Er beginnt nun erst *Dienstag, den 29. Januar*, und wird fortgeführt *Mittwoch, den 30. Januar, Dienstag, den 5. Februar, und Mittwoch, den 6. Februar*. Lokal: Konferenzsaal der französischen Kirche. Beginn jeweilen um 20 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft für Volksbildung, Langenthal.

Freitag, 25. Januar, und 8. Februar 1935 ufw. Thema: *L. Ragaz, Neue Schweiz*. Abschnitt: *Demokratie*.

Freunde und Mitarbeiter stets willkommen im alten Primarschulhaus.

An die Leser der „Neuen Wege“.

Im *Gotthelf-Verlag* in Bern und Leipzig soll im Frühjahr 1935 mein Roman „Das Staunen der Seele“

erscheinen.

Den heutigen Verhältnissen des Buchhandels entsprechend, kann der Verlag das Wagnis, ein Buch von ziemlichem Umfang zu Fr. 9.50 herauszugeben, nur dann unternehmen, wenn er auf mindestens 700 feste Abnehmer rechnen kann.

So erlaube ich mir, die Leser zur Subskription einzuladen; der Preis für Subskribenten wird nur Fr. 7.— betragen.

Als ich mein Werk diesen Sommer in einem aus verschiedenen Schichten unseres Volkes sich zusammensetzenden Kreise von Männern und Frauen vorlas, nannte es ein langjähriger Freund und Mitarbeiter der „Neuen Wege“ eine *ausgezeichnete Propagandaschrift für den religiösen Sozialismus*.

Um aber den Leser nicht zu enttäuschen: ich wollte keine *Tendenzschrift*, sondern einen *Roman* schreiben. Die Entwicklung zweier *Menschen*, eines großzügig denkenden bürgerlichen Industriellen und Politikers und einer sozialistischen Ärztin im Laufe von drei Jahrzehnten bildet den Inhalt des Buches, als dessen Grundgedanke etwa *Markus 8, 35* bezeichnet werden kann. Aber in dem Erleben dieser beiden Menschen ist einbezogen, was unser Volk im ersten Drittel unseres Jahrhunderts durchgemacht hat, und diese Dinge, die Geschäfte, die Politik, der Krieg, der Klassenkampf, das Ringen um Frieden und Gerechtigkeit, sind geschildert vom Standpunkt des religiösen Sozialismus aus und im Glauben an den Sieg des Reiches Gottes.

So kann vielleicht dieser Roman so gut wie Abhandlungen und Predigten werben für das, was wir wollen und hoffen. Er kann wohl auch Menschen, die unserm Denken noch ferne stehen, damit vertraut machen.

In diesem Sinne möchte ich die Leser der „Neuen Wege“ bitten, auf mein Buch zu subskribieren, und wenn sie es im Frühjahr erhalten, zu lesen und zu verwenden.

Rudolf Schwarz.

¹⁾ „Die Schweiz wird durch die Torheit der Menschen und die Vorfehug Gottes regiert.“

neue Gestalt hindrängenden Kräfte sich zunächst in einem schöpferischen Menschen und seinem Jüngerkreis zusammenfassen, um von diesem „kleinsten Punkt“ aus dann umwälzend und umgestaltend ins Weite zu strömen. Benediktus, Franziscus, Ignaz von Loyola und — Stephan George werden als Verkörperungen dieser Wahrheit dargestellt. Viele würden wohl an Stelle der vierten Gestalt lieber eine andere, ebenfalls „christliche“, sehen, aber abgesehen von den persönlichen Gründen, die der Verfasser für ihre Wahl hatte, spricht dafür der Umstand, daß sie wieder einer neuen Sphäre, der künstlerischen, und dazu *unserer* Zeit angehört.

Jedenfalls ist der das Buch beherrschende und gestaltende Gedanke von großer Originalität und großem Wert. Die Geschichte erhält von ihm aus ein neues Licht und eine neue Gestalt und zugleich fällt dieses Licht auf den Weg der Gegenwart zu einer neuen Gestalt hin. Auch das wohl Bekannte aus der Vergangenheit bekommt in diesem Zusammenhang einen neuen Sinn. Man erfährt aber auch vieles, von dem der Durchschnittsgebildete unserer Tage keine Ahnung hat.

Daß der Verfasser, ein protestantischer Pfarrer, den Mut gehabt hat, für die Veranschaulichung seines Leitgedankens lauter Gestalten der *katholischen* Welt zu wählen, sei besonders hervorgehoben und anerkannt.

Summa: Es ist ein Buch von großer Bedeutung, ein Buch, das beachtet und bedacht werden muß. Und gerade darum soll es bei diesem kurzen Hinweis sein Bewenden haben.

L. R.

Paul Pflüger: Welt- und Lebensanschauung auf Grund des Gesamtertrages der heutigen Wissenschaft und Kulturentwicklung. Leemann & Co., Zürich.

Man muß Paul Pflüger, dem einstigen sozialistischen Pfarrer und dann Stadtrat und Nationalrat, bewundern, wie er unermüdlich die Bewegung der Wissenschaft, Philosophie, Theologie und der geistigen Kultur überhaupt verfolgt und dazu Stellung nimmt, indem er aus der Fülle der Tatsachen und Hypothesen sich ein eigenes Bild der Welt und dessen, was mehr als die Welt ist, baut. Ebenso muß man seine Fähigkeit bewundern, immer wieder dazu zu lernen, auch umzulernen, neuer Wahrheit offen zu bleiben. Diese Bewunderung wird durch die Tatsache nicht aufgehoben, daß Pflüger doch noch stark dem Geist und Weltbild der nun abgelaufenen Epoche des Naturalismus und Intellektualismus verhaftet bleibt. Das zeigt sich wohl am meisten in seinen theologischen Urteilen und in seiner Behandlung des sexuellen Problems, ist aber auch sonst deutlich. Auch der Untertitel der vorliegenden Schrift: „Auf Grund des Gesamtertrages und so fort“ verrät diese Herkunft aus dem positivistischen Zeitalter. Denn eine Welt- und Lebensanschauung erwächst nicht „auf Grund“ von wissenschaftlichen oder andern kulturellen Gegebenheiten, sondern aus Schauen und Erleben. Aber wenn man dergestalt auch manches Fragezeichen zum Ganzen und Einzelnen dieses Versuches setzen mag, so bleibt es eine sehr achtenswerte Frucht eines der Erforschung und übrigens vor allem auch *Verwirklichung* der Wahrheit gewidmeten Lebens, das kürzlich den siebenzigsten Geburtstag gesehen hat, zu dem wir noch nachträglich von Herzen Glück wünschen) und ein treffliches Material für eine geistige Auseinandersetzung.

L. R.

Berichtigung.

Im *Januarheft* sind eine Anzahl Berichtigungen anzubringen: S. 33, Z. 2 v. ob. ist zu lesen: „mehr *von solcher* Macht“ (statt „mehr Macht“); S. 33, Z. 5 v. ob. „*Poncet*“ (statt „*Ponset*“); S. 38, Z. 20 v. unt. „*vertraten*“ (statt „*vertreten*“); S. 44, Z. 18 v. unt. „*rumänischen*“ (statt „*irischen*“); S. 46, Z. 6 v. o 105 *Milliarden* (statt *Millionen*); S. 53, Z. 17 „*zu fordern*“ (statt „*gefordert*“); S. 54, Z. 7 „*sozialdemokratische*“ (statt „*schweizerische*“).